



## Regierungsratsbeschluss vom 17. August 2021

Bundeskanzlei BK; Änderung der Verordnung über die politischen Rechte und der Verordnung über die elektronische Stimmabgabe (Umsetzung Neuausrichtung des Versuchsbetriebs); Vernehmlassung

---

**P210527**

1. Der Regierungsrat genehmigt die vorgelegte Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (Umsetzung Neuausrichtung des Versuchsbetriebs) an die Bundeskanzlei.

### **Begründung**

Der Regierungsrat begrüsst die Teilrevision der Bundesverordnung über die politischen Rechte sowie die Totalrevision der Verordnung der Bundeskanzlei über die elektronische Stimmabgabe.

